

EU-Jugendkonferenz Luxemburg

Triopräsidentschaft Italien-Lettland-Luxemburg

Gemeinsame Abschlussempfehlungen zu „**Empowerment junger Menschen zur politischen Partizipation am demokratischen Leben in Europa**“

Luxemburg, 21. - 24. September 2015

Der Strukturierte Dialog ist ein Instrument im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich, um junge Menschen in die Entwicklung von EU-Politik einzubinden. Das Resultat des vierten 18-monatigen Arbeitszyklus zum europäischen Schwerpunktthema „Empowerment junger Menschen zur politischen Partizipation am demokratischen Leben in Europa“ basiert auf den durch Konsultationen mit jungen Menschen erzielten Ergebnissen vor und während der italienischen, lettischen und luxemburgischen Ratspräsidentschaft sowie der EU-Jugendkonferenzen in Rom im Oktober 2014, in Riga im März 2015 und in Luxemburg im September 2015.

Im Rahmen der EU-Jugendkonferenz in Luxemburg kamen Jugendvertreter_innen und Vertreter_innen der Mitgliedstaaten zusammen, um die gemeinsamen Abschlussempfehlungen zum „Empowerment junger Menschen zur politischen Partizipation am demokratischen Leben in Europa“ anzunehmen.

Eine Partizipationskultur an Schulen etablieren

- 1) Die Mitgliedstaaten sollten an Bildungseinrichtungen Strukturen schaffen und stärken (z.B. Schülerräte und andere -initiativen), die das Engagement von Schüler_innen als eine Gruppe von Entscheidungsträger_innen im Bildungswesen ermöglichen und sichern.
- 2) Bildungseinrichtungen sollten verschiedene Formen bürgerlichen Engagements (z.B. ehrenamtliche Arbeit) anerkennen, um eine Partizipationskultur an Schulen anzuregen.
- 3) Die Mitgliedstaaten sollten politische Bildung in die Lehrpläne aller Ebenen des formalen Bildungssystems integrieren oder weiterentwickeln und dabei die lokale, nationale, europäische und globale Perspektive einbeziehen. Lehrmethoden aus der non-formalen Bildung sollten in die formale Bildung integriert werden, um das kritische Denken zu fördern und junge Menschen unterschiedlicher Herkunft zu befähigen, Meinungen und Werte auszubilden sowie aktiv an der

Gesellschaft teilzuhaben. Der Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT) wird aufgefordert, die Diskussion zur politischen Bildung im Europäischen Parlament voranzubringen.

Junge Menschen in politische Entscheidungsprozesse einbinden

- 4) Um junge Menschen besser an demokratischen Prozessen zu beteiligen, werden die Mitgliedstaaten und lokale Behörden aufgefordert, Pilotprogramme zur Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre aufzusetzen. Diese Programme sollten auf der lokalen Ebene ansetzen und durch eine angemessene Vorbereitung sowie durch qualitativ hochwertige politische Bildung begleitet werden.
- 5) Mit transparenten und nachhaltigen Strukturen der Zusammenarbeit und einer angemessenen finanziellen Unterstützung sollten Behörden auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene die volle Einbindung von Jugendorganisationen in politische Entscheidungsprozesse in Bereichen, die junge Menschen betreffen, sicherstellen.

Das Engagement von Entscheidungsträger_innen für junge Menschen erhöhen

- 6) Um den Einsatz von Entscheidungsträger_innen für die gemeinsame Entscheidungsfindung mit jungen Menschen zu stärken, sollten die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten einen Rahmen entwickeln, durch den die Entscheidungsträger_innen mit allen notwendigen Werkzeugen für die Entwicklung, Durchführung und Evaluation politischer Vorhaben ausgestattet werden.
- 7) Politische Entscheidungsträger_innen auf allen Ebenen sollten dauerhaft eine offene und inklusive politische Kommunikationskultur pflegen, indem sie verschiedene jugendgerechte Methoden nutzen, um die Transparenz und Verantwortlichkeit von politischen Entscheidungsträger_innen zu gewährleisten.

Die Rolle der Jugendarbeit für politisches Empowerment aller jungen Menschen stärken

- 8) Jugendarbeit und deren wesentliche Rolle bei der Förderung der politischen Partizipation, basierend auf Werten wie Vielfalt, Menschenrechten, Demokratie und kritischem Denken, sollte gestärkt werden. Deshalb sollten dem Jugendbereich durch die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten die notwendigen Ressourcen (z. B. institutionelle und Projektfinanzierung), Unterstützungsstrukturen (z. B. ein rechtlicher Rahmen, Netzwerke und Schulungen) sowie formale, soziale und politische Anerkennung der Jugendarbeit und der non-formalen Bildung zukommen.

- 9) Die europäischen Institutionen und die Mitgliedstaaten werden ermutigt, sektorübergreifende Initiativen und langfristige Partnerschaften mit Fachkräften der Jugendarbeit sowie Nichtregierungsorganisationen zu etablieren, um Wissen zu vermitteln und die Kompetenzen für politische Partizipation aller jungen Menschen zu entwickeln.

Jugendgerechte Tools zur politischen Partizipation entwickeln

- 10) Private und öffentliche Organisationen sollten junge Menschen in die Entwicklung, Umsetzung und Überwachung von Online-Tools für die politische Partizipation junger Menschen einbeziehen. Um sicherzustellen, dass die Beteiligung junger Menschen anerkannt wird, und um sie nachhaltig an politischen Prozessen zu beteiligen, sollten Online-Tools durch Offline-Methoden ergänzt werden. Zudem sollte es eine Nachbereitungsphase geben, in der die Entscheidungsträger_innen darstellen, inwieweit die Beiträge junger Menschen berücksichtigt wurden.
- 11) Um den Zugang junger Menschen zu Informationen sicherzustellen und ihnen Gelegenheit zu geben, Erfahrungen mit Online-Tools für politische Partizipation zu sammeln, sollten die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass Lehrkräfte und andere Personen, die mit jungen Menschen arbeiten, Schulungen zum Vorhandensein und zur Nutzung solcher Tools erhalten.

Die lokale und direkte Demokratie entwickeln

- 12) Die Mitgliedstaaten, lokale und regionale Behörden sollen die Einrichtung und Stärkung von demokratischen lokalen und regionalen Jugendringen oder anderen gleichbedeutenden Jugendplattformen unterstützen. Diese sollten offen, inklusiv und nachhaltig aufgebaut sein, um jungen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und Identität die Möglichkeit zur Partizipation zu bieten und sie zu unterstützen sowie ihre Einbeziehung in politische Entscheidungsprozesse gemäß der Revidierten Europäischen Charta der Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und Region (Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats) zu ermöglichen.

Alternative Formen der Partizipation entwickeln

- 13) Die Mitgliedstaaten und Jugendorganisationen sollten alternative Formen* der politischen Partizipation junger Menschen anerkennen und besser nutzen, um Debatten und Entscheidungsprozesse zu bereichern.

*alle politischen Beteiligungsformen, die außerhalb des institutionalisierten Systems stattfinden

Synergien und Kooperationen zwischen verschiedenen Akteuren stärken

- 14) Die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten sollten die sektorübergreifende politische Zusammenarbeit und Kommunikation in Bereichen, die junge Menschen auf allen Ebenen betreffen, anregen bzw. bestehende Formen verbessern. Darüber hinaus sollten sie eine

nachhaltige Zusammenarbeit zwischen allen relevanten Akteuren ermöglichen und dabei insbesondere junge Menschen einbeziehen.

- 15) Wir appellieren an die Europäische Kommission, Vorbereitungen zu treffen, um schrittweise ein Bewertungssystem zur Einschätzung des Einflusses junger Menschen auf politische Entscheidungsprozesse in der EU zu etablieren, um die Nachhaltigkeit und Effektivität politischer Vorhaben, die das Leben junger Menschen betreffen, zu gewährleisten und so politische Partizipation für junge Menschen attraktiver zu machen. Dabei sollen Jugendliche sowie andere relevante Akteure einbezogen werden.

Glossar

zu den gemeinsamen Empfehlungen der EU-Jugendkonferenz in Luxemburg

21.-24. September 2015

Außerschulische Bildung

Außerschulische oder auch non-formale Bildung findet in der Regel außerhalb der Schule statt. Anzufinden ist sie z.B. in Jugendclubs, Jugendverbänden, Sport-, Theater- und Musikvereinen, Bildungsstätten und in vielen weiteren Zusammenhängen. Kennzeichnend für die außerschulische Bildung ist, dass sie organisiert ist - also nicht ungeplant, wie informelle Lernprozesse - und dass sie anders als die ►formale Bildung freiwillig ist.

Ausschuss für Kultur und Bildung

siehe ►Europäisches Parlament

Empowerment

Der englische Begriff „Empowerment“ lässt sich nicht so einfach eins zu eins ins Deutsche übersetzen. Wird jemand „empowert“, erhält die Person (oder auch die Gruppe) mehr Stärke, Macht, Befugnis oder Fähigkeiten. Empowerment ist dabei eng mit der Idee verbunden, dass Menschen sich (weitgehend) aus eigener Kraft für sich selbst und für andere einsetzen. Statt das, was jemand nicht kann, in den Mittelpunkt zu stellen (Defizite), schaut man bewusst auf die Talente, Kompetenzen und Potenziale. Man geht davon aus, dass Menschen mündig sind und grundsätzlich die Fähigkeiten mitbringen, ihr Leben selbst zu gestalten.

➔ <http://bit.ly/1yCeAA4>

EU-Jugendkonferenz

Im Rahmen des Strukturierten Dialogs findet etwa alle 6 Monate eine EU-Jugendkonferenz statt. Dabei kommen Jugendvertreter_innen und Vertreter_innen der für Jugendfragen zuständigen Ministerien aus allen EU-Mitgliedstaaten zusammen, um zu diskutieren und gemeinsame Empfehlungen zu entwickeln. Die EU-Jugendkonferenzen werden durch Aktivitäten in den Mitgliedstaaten inhaltlich vorbereitet und dienen die erarbeiteten Beiträge aus allen Ländern zu bündeln.

Europäische Kommission

Die Europäische Kommission ist gewissermaßen die Regierung der EU. Sie besteht aus 28 Mitgliedern, den Kommissar_innen,

von denen jede_r einen speziellen Zuständigkeitsbereich hat. Die Europäische Kommission kann u.a. Rechtsakte vorschlagen, überwacht deren Umsetzung und führt beschlossene Programme durch.

➔ <http://ec.europa.eu>

Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament setzt sich aus 751 Abgeordneten aus allen 28 EU-Mitgliedstaaten zusammen. Es wird alle fünf Jahre von den Bürger_innen der EU gewählt und ist das einzig direkt gewählte Organ der Europäischen Union. Das Europäische Parlament nimmt gemeinsam mit dem Rat der Europäischen Union gesetzgeberischen Aufgaben wahr. Die Arbeit an den Gesetzen findet vor allem in den Ausschüssen statt, die für bestimmte Bereiche zuständig sind. Insgesamt gibt es mehr als 20 reguläre Ausschüsse, einer davon ist der Ausschuss für Kultur und Bildung, abgekürzt CULT.

➔ www.europarl.europa.eu/portal/de

Europarat

Der Europarat hat 47 Mitgliedstaaten, von denen 28 auch Mitglied der Europäischen Union sind. Alle Mitgliedstaaten des Europarates haben die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet, einen Vertrag zum Schutz der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Die wohl bekannteste Institution des Europarats ist der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Er überwacht die Umsetzung der Menschenrechtskonvention.

➔ www.coe.int

Formale Bildung

Formale Bildung findet hauptsächlich in Schulen und Hochschulen statt. In ihnen sind die Lernziele klar definiert. Ob jemand ein Lernziel erreicht hat, wird i.d.R. durch Prüfungen festgestellt, bewertet und durch Zeugnisse o.ä. bescheinigt. Die formale Bildung ist das Gegenstück zum Lernen im Freundeskreis oder bei außerschulischen Aktivitäten z.B. im Zeltlager oder Jugendzentrum (►außerschulische Bildung).

Inklusion

Der Begriff „Inklusion“ kommt aus dem Lateinischen und bedeutet „beinhalten“, „einschließen“ oder „umzingeln“. Übertragen heißt das: Niemand wird ausgeschlossen oder ausgegrenzt. Alle werden so akzeptiert, wie sie sind, und bestehende Barrieren werden abgebaut, damit alle gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Inklusiv

Siehe ►Inklusion.

Institutionalisiertes System

Mit dem institutionalisierten System sind in diesem Zusammenhang Verfassungen, Gesetze, Verordnungen usw. gemeint. Politische Beteiligungsformen *innerhalb* des institutionalisierten Systems sind z.B. Parlamentswahlen oder Volksentscheide, zu den politischen Beteiligungsformen *außerhalb* des institutionalisierten Systems zählen z.B. Demonstrationen, Bürgerinitiativen oder Unterschriftensammlungen.

Jugendring

Ein Jugendring ist der Zusammenschluss mehrerer Jugendverbände auf der Stadt-, Kreis-, Bezirks-, Landes- oder Bundesebene. Jugendringe vertreten die Interessen junger Menschen gegenüber der Öffentlichkeit, Verwaltung und Politik und setzen sich dafür ein, die Lebensbedingungen junger Menschen und die Rahmenbedingungen der Jugend(verbands-)arbeit zu sichern und zu gestalten. Ähnliche Zusammenschlüsse gibt es auch in anderen Ländern.

Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats

Der Kongress der Gemeinden und Regionen ist ein Organ des ►Europarats. Er setzt sich aus 636 Mitgliedern zusammen, die lokal oder regional gewählte Ämter innehaben (z.B. Bürgermeister_innen oder andere Kommunalpolitiker_innen). Sie vertreten über 200.000 Gemeinden und Regionen aus 47 Ländern. Der Kongress hat die Aufgabe die Demokratie auf lokaler und

regionaler Ebene in Europa zu stärken. Er berät den ►Europarat in Fragen der Gemeinde- und Regionalpolitik.

➡ www.coe.int/t/congress/default_en.asp

Non-formales Lernen

Siehe ►außerschulische Bildung.

Nichtregierungsorganisationen

Alle Organisationen, die sich selbstständig zusammenschließen und verwalten, sind Nichtregierungsorganisationen (auf Englisch: Non-Governmental Organisations - NGOs). Dazu gehören z.B. Jugendverbände, aber z.B. auch Menschenrechts- oder Umweltschutzorganisationen.

Revidierte Europäische Charta der Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und Region

Die „Revidierte Europäische Charta der Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde“ und der Region ist eine Erneuerung der Charta von 1992 und wurde am 21. Mai 2003 vom ►Kongress der Gemeinden und Regionen des ►Europarats verabschiedet. Sie soll die Beteiligung junger Menschen auf lokaler und regionaler Ebene in ganz Europa fördern und weiterentwickeln. Jugendpartizipation wird nicht als Selbstzweck gesehen, sondern als eine Chance, das Leben junger Menschen und die Entwicklung der Gesellschaft zu verbessern.

➡ <http://bit.ly/1EqU0lz>

Synergie

Der Begriff Synergie stammt vom griechischen Wort *synergismós* ab, das „die Zusammenarbeit“ bedeutet. Synergie beschreibt das Zusammenwirken verschiedener Kräfte (z.B. von Menschen), das zu einem gemeinsamen Nutzen führt. Es wird erwartet, dass sich durch die Zusammenarbeit ein besseres Ergebnis erzielen lässt, als wenn jede_r für sich arbeitet. Dies findet sich auch in einem Ausspruch von Aristoteles wieder: „Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile“.